

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 2. Juni 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender

Bernnat
Böhringer
Denzer
Di Prima
Escher
Glattacker
Jaenisch
Kiefer
Martin (in Vertretung Berg)
Oehler
Pichlhöfer (in Vertretung Lindemer)
Salach
Vogel
Vogelpohl
Wernthaler
Wiesiollek

Entschuldigt: Berg, Lindemer

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Dr. Held
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic
Geschäftsführerin Ziegler-Jung
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Sproß
Betriebsleiter Langela
Betriebsleiter Schäfer
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald
Stellv. Betriebsleiter Eberhardt
Frau von Loeben
Herr Färber

Urkundspersonen: Stadtrat Denzer und Stadtrat Glattacker

Schriftführung: Herr Ockenfuß

Beginn: 17.30 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende darauf hin, dass die Vorlage 062/2016 - Instandsetzung der denkmalgeschützten Friedhofmauern auf dem Hauptfriedhof in Lörrach, Auftragerhöhung Naturstein- und Mauerwerksarbeiten - nicht im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, sondern zuständigkeitshalber im Betriebsausschuss Stadtgrün und Friedhöfe behandelt wird. Es werden hiergegen keinerlei Bedenken geäußert.

TOP 1

Umgestaltung des Stadtraums Aicheleknuten – Nördliche Basler Straße im Zuge der Umsetzung des Sanierungsgebietes "Baumgartnerstraße"

Vorlage: 064/2016

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Insbesondere begrüßt er Herrn Häring vom Büro Häring Architekten BDA der die städtebauliche Umgestaltung des Stadtraums entworfen hat.

Im Folgenden stellen Frau von Loeben und Herr Färber die Planungen zur Umgestaltung des Straßenraums im Bereich Aicheleknuten anhand einer Präsentation vor (Anlage 1). Hierbei gehen die beiden Vortragenden insbesondere auf die verkehrliche sowie stadtplanerische Situation ein.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und gibt an, dass man im Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung nochmals konkret auf die Thematik Kanalsanierung eingehen werde.

Stadtrat Escher führt aus, dass er mit den Planungen zur Kanalsanierung in den vorliegenden Bereichen absolut einverstanden sei. Auch die Aufwertung des Bereiches Basler Straße Nord halte er für eine sinnvolle Maßnahme. Hinsichtlich der Optimierung der Verkehrssituation in besagtem Bereich frage er sich allerdings, ob die Stadt in Zeiten einer desolaten Haushaltslage nicht dringlichere Aufgaben zu bewältigen habe. Es gebe immer noch keinen Gesamtverkehrsplan. Er vermisse zudem alternative Planungsvorschläge hinsichtlich der Verkehrsoptimierung. Er fragt, warum auf die Vorlage der Planung eines Kreisverkehrs gänzlich verzichtet wurde. Die Führung des Radverkehrs, gerade von Basel nach Lörrach empfinde er als katastrophal. Er bittet um die Vorlage der Unfallstatistiken. Bei der vorgeschlagenen Variante zur Optimierung des Verkehrs werde es verschiedene Probleme geben. Beispielsweise werde es zu Rückstaus in der Baumgartnerstraße kommen. Die Aufstellflächen im Bereich Aicheleknuten seien zu gering, weshalb sich Rückstaus in verschiedene Richtungen bilden. Die Sanierung der Abwasserkanäle und die Aufwertung des Bereichs Basler Straße Nord seien sinnvoll. Der Verkehr könne jedoch erst im Gesamtkontext einer Einbettung in eine schlüssige Gesamtverkehrsplanung optimiert werden. Die CDU wolle sich zu der Sache zunächst fraktionsintern beraten.

Stadtrat Oehler signalisiert die grundsätzliche Zustimmung der Fraktion der SPD zu der Vorlage. Die Vorentwurfsplanung sei hinsichtlich der Verkehrsoptimierung teilweise unbefriedigend. Die geplante Lichtsignalanlage führe zu erheblichen Rückstauungen. Zudem ergebe sich eine Gefährdung durch die die Basler Straße diagonal kreuzenden Radfahrer. Es sei schade, dass ein möglicher Kreisverkehr im Vorhinein partout ausgeschlossen werde. Es brauche unbedingt einen alternativen Planungsentwurf mit einer Kreisellösung. Ebenso hätte man auch darüber nachdenken können, den angedachten Bereich vollständig zur Fußgängerzone umzugestalten. Der Blick müsse in die Zukunft gerichtet werden. Beispielsweise müsse die Abwanderung des Kreiskrankenhauses berücksichtigt werden. Ebenso müsse man überlegen, ob es in dem entsprechenden Bereich in naher Zukunft noch ein Parkhaus benötige. Ein Kreisverkehr sei sicherlich die bessere Lösung. Die Sanierung der Abwasserkanäle sei auf jeden Fall dringend notwendig.

Stadtrat Wernthaler erklärt, dass die Fraktion der Grünen bereits im Jahr 1999 für die Erweiterung der Fußgängerzone bis hin zum Aicheleknoten gestimmt habe, während die Mehrheit des Gemeinderats diesen Vorschlag dazumal abgelehnt hat. Die Erweiterung der Fußgängerzone wäre damals schon die richtige Entscheidung gewesen. Eine Verkehrsberuhigung setze immer bauliche Maßnahmen voraus. Zudem sei es wichtig, dass die Kultureinrichtungen im Bereich Basler Straße Nord behindertengerechte Zugänge erhalten. Es müsse Wert darauf gelegt werden, dass Busse die Fußgängerzone direkt anfahren, da Busfahren somit attraktiv bleibt. Es dürften sich durch die jetzigen Planungen keine Verschlechterungen für Fußgänger, den Radverkehr und für Busse ergeben. Die von Herrn Häring vorgelegten Planungen seien eindrucklich. Es könne eine schöne neue Lokalität in der Stadt entstehen, die zum Flanieren einlädt. Man müsse sich künftig auch mehr Gedanken zu sogenanntem „shared space“ machen. Dies sei die Zukunft.

Stadtrat Pichlhöfer betont, dass man in die Zukunft blicken müsse. Auch er erachte die Aufwertung des Bereichs Basler Straße Nord für sinnvoll. Der Verkehr werde durch die geplanten Maßnahmen allerdings nicht optimiert. Um wirklich optimieren zu können, brauche es eine Gesamtverkehrsplanung.

Stadtrat Böhringer hält den Entwurf für die Optimierung des Verkehrs für eine Fehlplanung. Die Stadt habe nicht die finanziellen Mittel, um ein weiteres Projekt „in den Sand zu setzen“. Es gebe zudem dringlichere Aufgaben zu bewältigen. Bei der vorgelegten Planung werde es zu verschärften Rückstausituationen und Problemen mit den Schrankenschließzeiten kommen. Eine Maßnahme in einem solchen Ausmaß müsse man sich im Vorfeld sehr gut überlegen.

Stadtrat Vogel wolle sich inhaltlich seinen Vorrednern anschließen. Er wolle zudem wissen, wie die Stadt in Zeiten knapper Kassen den Bürgern eine solche Großmaßnahme vermitteln wolle, wo doch an anderen Stellen wichtige Gelder fehlen. Man müsse eine solche Maßnahme von Anfang an sehr gut kommunizieren.

Stadtrat Bernnat erklärt, dass es zwar aufgrund der vorgelegten Verkehrsplanung zu Unstimmigkeiten kommen könne, man sich jedoch die vorliegende Beschlusslage nochmals vergegenwärtigen müsse. Man entscheide nun zunächst über die Kanalsanierung, die

auch absolut notwendig ist. Die Planungen über die Aufwertung des Bereichs Basler Straße Nord müsse weiter vorangetrieben werden, aber man treffe noch keine Entscheidung über die endgültige Ausgestaltung. Es brauche dringend Investitionen in die Aufenthaltsqualität. Man dürfe nicht immer alles schlecht reden.

Der Vorsitzende führt aus, dass es noch keinen Gesamtverkehrsplan gebe und man daher anhand der bestehenden Sachinformationen eine Entscheidung treffen müsse. Hinsichtlich der Finanzierung der Maßnahme müsse man zwischen Kosten und Nutzen abwägen. Er finde jedoch, dass der Einsatz es Wert sei. Zwar entscheide man nicht direkt über die Gestaltung des Projekts, jedoch über die notwendige Ausschreibung des Projekts in der vorliegenden Form. Dies schließe auch die Ausführungsplanung und die Kostenberechnung mit ein. Die Verkehrsunfallzahlen und -statistiken werde die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales vorlegen. Die Zahlen, die im Rahmen der Vorlagenerstellung durch die Verwaltung berücksichtigt worden sind, seien valide. Momentan habe man das Problem, dass gerade der Verkehr in der Bahnhofstraße sich stauet. Eine Kreisellösung sei in jedem Falle ungeeignet. Den entsprechenden Bereich der Basler Straße Nord wolle man so ausbauen, damit eine Befahrung durch Busse weiterhin möglich ist. Man könne die Befahrung durch Busse später immer noch einschränken, wolle sich diese Möglichkeit allerdings offen halten. Eine Befahrung durch Busse sei auch definitiv sinnvoll, da viele Einrichtungen in unmittelbarer Reichweite lägen, die von vielen Personen via Bus angefahren werden. Auch im Bereich der Kirchstraße sollen die Abwasserkanäle saniert werden. Letztlich entscheide der Gemeinderat über Chancen und Nutzen der Maßnahme.

Stadtrat Escher ist der Meinung, dass wenn man heute für die Maßnahme stimme, diese auch so umgesetzt werde. Er betont nochmals, dass die Aufwertung des Bereichs Basler Straße Nord wichtig sei, eine Verkehrsoptimierung auf diesem Wege allerdings nicht erreicht werden könne. Bei dem Aicheleknoten handele es sich um einen für Lörrach sehr wichtigen Verkehrsknotenpunkt. Er halte es für einen Fehler, diesen wichtigen Bereich ohne Vorliegen eines Gesamtverkehrsplanes umzugestalten. Es gebe niemanden, der eine solche Verkehrsführung absolut zuverlässig planen könne. Er wolle zudem wissen, wie sich die rechtliche Situation gestalte, wenn man etwas beschließe, dass dann im Nachhinein in der Umsetzung nicht mehr möglich ist.

Stadtrat Böhringer hält die Überlegungen hinsichtlich der Befahrung des Bereichs durch Busse für richtig. Man dürfe hier keine vollendeten Tatsachen schaffen.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich die Fraktionen nochmals intern zu der Thematik beraten.

Stadtrat Bernnat bittet um Durchführung einer Abstimmung. Es brauche ein klares Meinungsbild.

Stadtrat Escher vertritt die Auffassung, dass er aufgrund unzureichender Informationen keine Entscheidung treffen könne.

Der Vorsitzende gibt an, dass ein entsprechendes Verkehrsgutachten und detailliertere Informationen zu den Fördermitteln noch nachgereicht werden sollen.

Stadtrat Vogel wolle wissen, wonach sich die Zuschüsse richten würden.

Der Vorsitzende erklärt, dass man je Quadratmeter umgestaltetem Verkehrsraum einen Zuschuss von 90,00 Euro erhalte.

Stadtrat Escher beantragt, auf eine Abstimmung der Vorberatung zu verzichten.

Der Vorsitzende gibt an, dass lediglich ein Meinungsbild abgegeben werden solle.

Auf die Abfrage des Vorsitzenden ergibt sich folgendes Stimmungsbild.

Zustimmung fände der Beschlussvorschlag bei 8 Ausschussmitgliedern, während 5 Ausschussmitglieder den Beschlussvorschlag ablehnen würden. Enthalten würden sich hingegen 3 Ausschussmitglieder.

TOP 2

Vergabekriterien für den Verkauf städtischer unbebauter Gewerbegrundstücke

Vorlage: 051/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiterin Buchauer und Geschäftsführerin Ziegler-Jung stellen sodann anhand einer Präsentation die Vergabekriterien für den Verkauf städtischer unbebauter Grundstücke vor (Anlage 2).

Stadträtin Jaenisch bedankt sich für den Vortrag. Die Kriterien seien transparent und nachvollziehbar. Die Richtlinien seien sinnvoll ausgestaltet worden.

Stadtrat Bernnat hält die dargelegten Kriterien ebenfalls für sinnvoll. Man könne anhand der Vergaberichtlinien eine positive Stadtentwicklung betreiben. Das Konzept sei insgesamt sehr stimmig.

Stadträtin Salach schließt sich ihren Vorrednern an und bedankt sich für eine insgesamt gelungene Vorlage. Eine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Flächenverbrauch und Anzahl der Ausbildungsplätze sichere langfristig die Qualität.

Stadtrat Vogel hält die Vorlage grundsätzlich für gut. Er wolle jedoch wissen, wie, gerade in Mischgebieten, verhindert werden könne, dass eigentliche Betriebsstätten zu Wohnraum konvertieren. Zudem stelle sich die Frage, wie man mit Expansionswünschen von kleineren Unternehmen und Handwerksbetrieben umgehe.

Stadtrat Di Prima bedankt sich für den Bericht. Es sei wichtig, dass der Flächenverbrauch

in der Stadt reguliert werde. Sinnvoll sei aber auch eine Ergänzung der Kriterien hinsichtlich der Vermeidung von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Es müsse angestrebt werden, dass die Unternehmen ihren Beschäftigten Tariflöhne zahlen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für die Umwandlung von Gewerbe- in Mischgebiete eine Bebauungsplanänderung notwendig sei. Die Entscheidungskompetenz hierfür liege beim Gemeinderat.

Geschäftsführerin Ziegler-Jung erklärt, dass die Stadt im Rahmen des Vergabeverfahrens die Bezahlung der Beschäftigten der Betriebe nicht kontrollieren könne. Expansionswünsche erörtere man schon im Vorfeld mit den Interessenten und versuche, diese bestmöglich zu berücksichtigen. Einen nicht sachgemäßen Umgang mit Gewerbeflächen, beispielsweise spekulativen Verkauf, versuche man durch die Vergabekriterien zu verhindern. Man erkenne im Gespräch mit Unternehmern sehr schnell, in wie fern ein ernsthaftes Kaufinteresse bestehe. Man sei als Stadt zudem nicht verpflichtet, alle Grundstücke auf einen Schlag zu verkaufen. Mischgebiete seien in der Tat stark umkämpft aufgrund der Wohnungsknappheit. Man versuche, in diesen Bereichen verstärkt, Gewerbebetriebe zu halten und den Mischgebietscharakter zu sichern.

Stadtrat Vogel weist auf die Bereiche Wallbrunnstraße, Ötlinger Straße und Römerstraße hin. Dies seien eigentlich Mischgebiete, in denen Gewerbebetriebe nahezu vollständig durch Wohnraum verdrängt wurden.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass auch die Kommission für Wirtschaft und Standortentwicklung sich eingehend mit der Vorlage befasst habe und er dieser vollumfänglich zustimmen könne.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic betont, dass eine Bebauungsplanänderung bei einer Änderung des Gebietscharakters nicht automatisch eintrete, man müsse stets den formellen Weg gehen. Geschäftsführerin Ziegler-Jung habe mit der Erstellung der Vorlage sehr gute Arbeit geleistet. Hinsichtlich des Konflikts zwischen Gewerbebetrieben und Wohnbau in Mischgebieten sei die Verwaltung bereits sensibilisiert und wolle auch, wo möglich und erforderlich, eingreifen, beispielsweise in der Schwarzwaldstraße.

Stadtrat Escher weist in demselben Zusammenhang auf die Entwicklung des Gewerbegebietes Karl-Herbster-Straße hin.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fasst sodann, bei einer Enthaltung, einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat stimmt dem Auswahlverfahren bei der Vergabe städtischer unbebauter Gewerbegrundstücke in der dargestellten Form zu.

2. Es werden besondere Vergabekriterien und Grundsätze der Bewertung festgelegt. Diese sind in Anlage 1 und 2 dargestellt.

TOP 3

Straßenbau Erschließung Entenbad Ost, Lörrach-Hauingen; Auftragsvergabe Vorlage: 075/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Auftragsvergabe für den Straßenbau an die Firma Johann Joos GmbH & Co KG aus Hartheim zum angebotenen Preis in Höhe von 367.454,69 € wird zugestimmt.

TOP 4

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Fahrradabstellanlage Freibad

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Errichtung der neuen Fahrradabstellanlage am Freibad abgeschlossen sei.

Einweihung Spiel-, Bolz- und Begegnungsplatz Hammerstraße

Der Vorsitzende weist auf die Feierlichkeiten zur Einweihung des Spiel-, Bolz- und Begegnungsplatz Hammerstraße am Freitag, 3. Juni 2016 ab 15.00 Uhr hin. Die offizielle Eröffnung solle um 17.00 Uhr und ein gemeinsamer Rundlauf mit den Freunden aus Riehen um 18.00 Uhr erfolgen.

TOP 5

Allgemeine Anfragen

Keine.

TOP 6 Offenlegungen

TOP 6.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am Donnerstag, 7. April 2016

TOP 6.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Abwasserbeseitigung der Stadt Lörrach am Donnerstag, 7. April 2016

TOP 6.3

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke der Stadt Lörrach am Donnerstag, 7. April 2016

TOP 6.4

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am Donnerstag, 28. April 2016

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: